

# Militärische Tendenzen in der sowjetischen Politik

Autor(en): **L.T.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **43 (1970)**

Heft 5

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-518036>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Militärische Tendenzen in der sowjetischen Politik

L. T. Hypothesen westlicher Presseagenturen über eine Krise in der sowjetischen Armee scheinen auf sehr schwachen Füßen zu stehen. Die meisten Verfechter der Krisentheorie weisen auf die seit Jahresbeginn durchgeführten zahlreichen Umbesetzungen in höheren Kommandostellen der sowjetischen Streitkräfte hin. Solche Umbesetzungen sind jedoch in jedem Land üblich. Ihre Gründe müssen deshalb keinesfalls in einer «Krise» liegen.

Verschiedene Anzeichen sprechen vielmehr dafür, dass die Kontrolle der Partei über die sowjetischen Streitkräfte noch nie so stark war wie heute. So gehört z. B. Marschall Gretschno schon seit der Nachkriegszeit zum engsten Mitarbeiterkreis Breschnews. Über seine Loyalität zur Partei können keine Zweifel bestehen. In einem in der ideologischen Zeitschrift der KPdSU «Komunist» vor einigen Wochen veröffentlichten Artikel betonte er, dass die Stärkung des politischen Einflusses der Partei in den Streitkräften seiner Ansicht nach einer der wichtigsten moralisch-ideologischen Faktoren wäre. Gleichzeitig trat er für eine straff zentralisierte Führung bei persönlicher Verantwortung der Kommandeure ein und empfahl die Stärkung des gesamten wirtschaftlichen und militärischen Potentials der Sowjetunion zur Erreichung der Zielsetzungen der Partei.

### *Massgebende Rolle der politischen Hauptverwaltung*

Eine ähnliche Loyalität charakterisiert auch den höchsten Politruk der Streitkräfte, Generaloberst Jepischew. Auch er gehört zum Vertrautenkreis Breschnews. Aus Anlass des 50jährigen Bestehens der «Politischen Hauptverwaltung» betonte das offizielle Organ des Verteidigungsministeriums, «Krasnaja Swesda», dass es für die sowjetischen Streitkräfte keine andere Politik als die der Partei gäbe. «Die Partei ist der Führer unserer ganzen Gesellschaft, darunter natürlich auch der militärischen Organisation dieser Gesellschaft.» In der Tat überwacht die «Politische Hauptverwaltung der Sowjetarmee und Flotte» — eine Sektion des ZK der KPdSU — das gesamte Offizierskorps und leitet die ideologisch-politische Schulung der Soldaten.

Die meisten Mitglieder des Politbüros haben hohe militärische Ränge und viele Mitglieder der Generalität gehören den Spitzengremien der Partei an. Die seit dem Sturz Chruschtschews eingesetzte Führung fasst ihre Beschlüsse kollektiv, wobei den gründlichen Beratungen auch Militärs beiwohnen, die somit auch Mitverantwortung tragen.

### *Militärfreundliche Trojka*

Die Trojka Breschnew — Kossygin — Podgorny hat den Militärs niemals Grund zu Unzufriedenheit gegeben. Im Gegenteil, sie fasste Beschlüsse, die zur Stärkung der Streitkräfte wesentlich beigetragen haben. So wurde die einseitige Raketenpolitik Chruschtschews fallen gelassen. Die gegenwärtige Militärdoktrin der Partei betont die Notwendigkeit der gleichmässigen Entwicklung konventioneller und nuklearer Waffen. Sie bietet jedem Offizier grösste Betätigungs- und Beförderungsmöglichkeiten.

Vielleicht noch wichtiger ist jedoch die seit dem Sturz Chruschtschews durchgeführte systematische Militarisierung der gesamten Bevölkerung, hauptsächlich aber der Jugend. Dafür dient nicht nur die Aktivierung der Tätigkeit paramilitärischer Organisationen, sondern auch die wesentliche Ausdehnung des militärischen Vorunterrichtes in den Schulen sowie der neue kulturpolitische Kurs der Partei. Im Rahmen der Kulturpolitik wird heute in der Sowjetunion ein noch nie dagewesener Heldenkult betrieben und es wird alles unternommen, um alle pazifistischen Einflüsse aus der Schule, der Literatur und der Kunst zu verdrängen. Auch die zivile Landesverteidigung wurde wesentlich ausgebaut. Das Motto der Inlandpropaganda lautet heute «ständige Wachsamkeit». In vieler Hinsicht erinnert all dies sehr an die Politik des Dritten Reiches.

Schliesslich sollten noch die Grenzkonflikte mit China im Fernen Osten, deren propagandistische Hochspielung, die ständigen Manöver und die Ausdehnung der Flottenoperationen erwähnt werden, die ebenfalls dafür sprechen, dass Generalität und Politbüro in Moskau eng zusammenarbeiten und es keine Indizien für einen Machtkampf zwischen den sowjetischen Militärs und Politikern gibt. Man sollte nicht vergessen, dass äussere Gefahren die sowjetische Führung stets einigten und bestehende Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken halfen. Dasselbe gilt auch für den Konflikt zwischen Moskau und Peking und die gegen die Sowjetunion gerichteten chinesischen Drohungen. Diese ketten Partei und Armee noch enger aneinander als dies z. B. in den

Zeiten Chruschtschews der Fall war, der sich durch seine nach Alleinherrschaft strebende Politik und durch die gegen verschiedene populäre Heerführer aus dem Zweiten Weltkrieg geführten Massnahmen bei vielen Militärs unbeliebt machte. Spekulationen, welche, trotz all dieser Tatsachen von einer Krise in der sowjetischen Armee wissen wollen, stehen auf sehr schwachen Beinen und könnten zu gefährlichen Fehlkalkulationen führen. Vielleicht ist eben dies der Zweck der von östlichen Kreisen lancierten diesbezüglichen Gerüchte.

## Kritische Überlegungen zum Atomsperrvertrag

von Fürsprecher Mario Ludwig

Die Schweiz hat den Atomsperrvertrag unterzeichnet. Damit steht aber noch keineswegs fest, ob die Schweiz dem Vertrag tatsächlich beitreten wird. Dazu bedarf es nachträglich noch der Ratifizierung durch National- und Ständerat. Zudem ist auch denkbar, dass gegen diese Vorlage das Staatsvertragsreferendum auf Grund von Artikel 89 der Bundesverfassung ergriffen wird, da ja der Vertrag für mehr als 15 Jahre abgeschlossen werden soll. Aus diesen Gründen ist es sicher gerechtfertigt, die öffentliche Diskussion über das Dafür und Dawider einer Unterzeichnung des Atomsperrvertrages weiterzuführen und zu vertiefen.

### *Ein einseitiger Vertrag*

Ein Vertrag sollte eine Abmachung zwischen verschiedenen Partnern sein, wonach alle in ausgewogener Weise sowohl Rechte wie auch Pflichten übernehmen. Das trifft auf den Atomsperrvertrag nicht zu, denn hier gibt es einerseits nur Berechtigte und andererseits nur Verpflichtete. Zu den Berechtigten gehören die nuklearen Grossmächte. Sie dürfen weiterhin über Kernwaffen verfügen, solche weiterentwickeln oder neu anschaffen. Sie verpflichten sich nicht einmal dazu, solche Waffen nicht zu gebrauchen. Ihr einziger Beitrag zum erklärten Vertragsziel — der Friedenssicherung — liegt darin, dass sie ihre Kernwaffen keinem anderen Land weitergeben werden. Das hätten sie wahrscheinlich aus eigenem Interesse ohnehin nie getan. Verpflichtet sind dagegen alle anderen Nationen, die bisher über keine Kernwaffen verfügten, auch die sogenannten «Schwellenmächte», die in der Lage wären, solche selber herzustellen.

Diese Länder sollen darauf verzichten, jemals Kernwaffen zu bauen oder anzuschaffen. Zudem sollen sie sich einer internationalen Kontrolle unterwerfen. Es geschieht wohl zum ersten Male in der Geschichte, dass die Grossmächte dem Rest der Welt vorschlagen, bei einem Vertragswerk mitzumachen, unter welchem Rechte und Pflichten derart ungleich verteilt sind. Wenn dies nicht, wie gesagt wird, im Interesse der «Friedenssicherung» geschehen würde, müsste man es als eine Zumutung empfinden. Trotz der Einseitigkeit des Vertrages könnte man diesem zustimmen, wenn tatsächlich Gewähr geboten wäre, dass das Ziel einer Verhinderung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen erreicht werden könnte. Dazu müsste aber der Vertrag wahrhaftig universal sein. Schon heute steht jedoch fest, dass zwei Nuklearmächte — Frankreich und die Volksrepublik China — den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnen, und eine ganze Reihe anderer, nicht-nuklearer Länder sich davon fernhalten werden, zum mindesten vorderhand. Solange diese Lücken bestehen, ist es höchst unwahrscheinlich, ob es gelingen wird, die Erstellung, Anschaffung und Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Im übrigen steht es den bestehenden Nuklearmächten frei, das Arsenal ihrer Kernwaffen uneingeschränkt zu erweitern.

### *Die Frage der Wehrbereitschaft*

Es ist unwahrscheinlich, dass die Schweiz jemals selber Kernwaffen herstellen wird. Dagegen ist es durchaus denkbar, dass sich die Anschaffung sogenannter operativer Atomwaffen empfehlen könnte, um die Schlagkraft unserer Armee zu erhalten und den modernen Erfordernissen anzupassen. Die Anschaffung solcher Waffen will nicht notwendigerweise heissen, dass diese auch angewendet werden. Deren abschreckende Wirkung ist mindestens so wichtig wie deren Zerstörungskraft. Die Verteidigungskonzeption der Schweiz hat von jeher darauf beruht, dass der Ausrüstungsstand unserer Armee mindestens so hoch sein muss, um einen wirkungsvollen Einsatz zu gewährleisten. Die Unabhängigkeit unseres Landes beruht weitgehend auf der Glaubwürdigkeit unserer Wehrbereitschaft.